

Ohne gesundes Geld kein gesundes Wirtschaften

# Befreit die Schweiz aus der Euro-Falle!

von Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt a.M.

Fast einundzwanzig Jahre sind seit seiner Einführung vergangen, und er ist immer noch da: der Euro. Die Skeptiker, die gesagt haben, der Euro werde nicht Bestand haben, haben sich geirrt. Oder vielleicht doch nicht? Der Euro liegt seit spätestens Mai 2010 auf der Intensivstation.



Am Leben gehalten wird er durch die Europäische Zentralbank (EZB). Sie hat Staatsschulden aufgekauft und dafür viele neue Euros gedruckt. Vor allem aber hat sie die Euro-Zinsen auf beziehungsweise unter die Nulllinie gezwungen: Mittlerweile sind alle Renditen für deutsche Staatsschulden, bis zu einer Laufzeit von 30 Jahren, negativ.

Doch solche geldpolitischen Kunstgriffe schaffen kein Wachstum, keine neuen Arbeitsplätze: Die Euro-Volkswirtschaften erlahmen, Deutschland ist rezessiv. Der Grund: Die Politik der Null- und Negativzinsen hat viele schädliche Nebenwirkungen. Beispielsweise erlaubt das billige Geld den Regierungen, unliebsame Strukturanpassungen zu vertagen. Auch hält es unproduktive Unternehmen, die aus dem Markt ausscheiden müssten, über Wasser. Besseren Unternehmen wird es dadurch erschwert, Marktanteile hinzuzugewinnen.

## EZB als «Umverteilungszentrale»

Doch die EZB will die Euro-Volkswirtschaften noch tiefer in die Negativzinswelt führen. Schon im September werden voraussichtlich die EZB-Leitzinsen weiter gesenkt. Vor allem Staats- und Bankschuldner sollen saniert werden – natürlich auf Kosten der Geldhalter. Denn die Kaufkraft des Euro wird leiden. Schon jetzt nagt die Teuerung am Euro-Geldvermögen. Die Euro-Sparer werden

vermutlich bald auch noch mit Negativzinsen, die auf ihre Bankguthaben erhoben werden, bestraft. Die EZB schwingt sich ohne parlamentarische Legitimation zur Umverteilungszentrale auf.

In einer beispiellosen Art und Weise werden im Euroraum die Einkommens- und Vermögensverhältnisse verändert, sowohl innerhalb der Euro-Mitgliedländer als auch zwischen ihnen. Das bringt die Menschen zusehends gegeneinander auf, schürt Enttäuschung und Zorn und zerrüttet die Grundlagen des Wirtschaftens und des Wohlstandes. Wohin es führt, wenn der Staat mit dem Eigentum, dem Geld und dem Vermögen der Bürger nach Belieben verfährt, das haben die planwirtschaftlichen Experimente in Osteuropa im 20. Jahrhundert nur allzu leidvoll gezeigt.

## Fatale Negativzinspolitik

Mit der Negativzinspolitik kommt das, was von der freien Marktwirtschaft noch übrig ist, auch noch unter die Räder. Denn wenn sich kein Zins mehr verdienen lässt, hört das Sparen und Investieren auf. Die Einkommen werden konsumiert, Ersatz- und Neuinvestitionen bleiben aus. Die Volkswirtschaften verarmen.

Die problematische Wirkung des Negativzinses ist nicht für jeden sofort einsichtig, weil sie zunächst einen künstlichen Konjunkturaufschwung in Gang bringen kann. Erst nach und nach werden die Schäden sichtbar. Der Wohlstandszuwachs schwindet; die politischen Verteilungskämpfe nehmen zu; der Staat wird immer mächtiger; die





Schweizer Werte  
in der Vermögensverwaltung  
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.  
Tel: 041 725 35 45      Email: markus.mueller@mpmswiss.com

**KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH**  
MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

Malerei AG, Spritzwerk  
Farbencenter



Bösiger

041 761 99 27  
www.malerboesiger.ch



Freiheitsgrade für Bürger und Unternehmen nehmen ab; die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft versiegt. Die Euro-Volkswirtschaften gehen unter der Knute des Negativzins nicht etwa einer Phase der Prosperität entgegen. Das Gegenteil ist der Fall!

#### Folgen auch für die Schweiz

Auch für die Schweiz hat das weitreichende Folgen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) versucht seit dem September 2011, den Franken-Aussenwert gegenüber dem Euro vor dem Aufwerten zu hindern. Dadurch importiert sie die monetären Misstände aus dem Euroraum. Durch die Euro-Käufe sind die Fremdwährungsbestände der SNB von 34 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf nunmehr 110 Prozent angeschwollen. Diese Politik kann man nicht unbegrenzt fortführen, ohne dass der Franken und die Schweizer Volkswirtschaft Schaden nehmen. Die

Folgen der Geldmengenausweitung lassen sich vielleicht noch halbwegs «neutralisieren». Aber die Verzerrungen der Negativzinspolitik schlagen voll auf die Schweiz durch.

Wie kann sich die Schweiz aus der Euro-Falle befreien? Im Idealfall stellt die SNB ihre Euro-Käufe sofort ein, hebt die Zinsen leicht über die Nulllinie und lässt den Euro gegenüber dem Franken abwerten. Politisch eher durchsetzbar ist vermutlich, den Franken schrittweise (um 5 bis 10 Prozent pro Jahr) aufwerten zu lassen – man nennt das «Crawling Peg». Kurzum: Wenn die Schweizer nicht mit dem Euro – einem grössenwahnsinnigen Politprojekt – in den Niedergang gerissen werden wollen, führt kein Weg daran vorbei, sich so weit wie möglich von ihm loszulösen. Denn ohne gesundes Geld und ohne gesunde Zinsen gibt es kein gesundes Wirtschaften.

Thorsten Polleit

## «Vergleichen» bedeutet nicht «Gleichsetzen»



Das Arsenal aus dem kommunikativen Nähkästchen der Gegner nationaler Selbstbestimmung enthält einiges: Neben Gefälligkeitsgutachten, der bekannten «Nazikeule» sowie der Leugnung offensichtlicher Zusammenhänge spielt das Totschweigen unangenehmer

Themen und Tatsachen eine wichtige Rolle.

Aktuell erregt ein Wahlplakat der SVP mit einem Apfel, der von Würmern angefressen und ausgehöhlt wird, die Gemüter. Der Apfel steht als Symbol für die Schweiz; die Würmer sind Sinnbild für jene politischen Akteure, welche die Schweiz als Ganzes schädigen. Sie reichen von ungebremster Masseneinwanderung über eine wohlstandgefährdende, nutzlose «Klimapolitik» bis zum Rahmenabkommen, das uns zu Untertanen der EU macht. Die Linken und Netten heulen auf, das Plakat sei menschenverachtend. Dabei warnt es lediglich davor, die Vertreter(innen) dieser schlechten Politik zu wählen.

Eine weitere Taktik zur Unterdrückung offener Diskurse ist das Narrativ der Linken, Vergleichen bedeute Gleichsetzen und sei deshalb politisch unkorrekt. Indem sie Vergleiche unterdrücken, suggerieren sie, Nationalsozialismus und

Kommunismus seien völlig gegensätzliche Systeme. So soll das Schwingen der «Nazikeule» 74 Jahre nach dem Untergang der braunen Irrlehre nicht nur die Nationalkonservativen schlecht machen, sondern auch von den Verbrechen der Linken ablenken.

Vergleichen wir den Nationalsozialismus mit dem Sowjetkommunismus, stellen wir viele Gemeinsamkeiten fest: Staatsallmacht; Inszenierung kollektiver Volkswohlfahrt; Missbrauch der Massen; korrupte Parteibonzenwirtschaft; Führerkult – und schliesslich: Massenmord an Millionen von tatsächlichen oder eingebildeten Feinden. Unterschiedlich sind vor allem die Motive für die Massenmorde: Die Nazis mordeten aus Rassenwahn, die Kommunisten aus Klassenwahn.

Vergleichen heisst nicht Gleichsetzen, sondern nach Gleichem, Ähnlichem und Unterschiedlichem suchen. Der vorgängig gemachte Vergleich diagnostiziert viele Ähnlichkeiten. Zuerst stehen der Staatsterror sowie die Verachtung und Unterdrückung des selbstbestimmten Individuums. Auch jene Kreise, vor denen das Apfelplakat warnt, verachten den selbstbestimmten Staatsbürger. Sie wollen ihn bevormunden und entrechten.

Markus Eckstein, Goldach

**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO  
Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: info@zanettispecialita.ch  
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

Für mehr Unternehmerinnen  
in der Politik!

**Jacqueline Ehrsam**  
in den Nationalrat

2x auf Ihre Liste 8

Wählbar im ganzen Kanton Solothurn!